Merkblatt für die Durchführung von Umzügen im Rahmen von Brauchtumsveranstaltungen im Kreis Minden-Lübbecke

Verfahrensablauf

Zur Vorbereitung der Entscheidung hört die Verkehrsbehörde verschiedene Behörden und Institutionen an, deren Interessen durch den Umzug berührt sein könnten. Insbesondere erfolgt die Einbindung des jeweiligen Straßenbaulastträgers (Gemeinde, Kreis, Land) und der Polizei. Alle Stellen bringen in die Rückmeldung ihre Erkenntnisse ein. Die Verkehrsbehörde wertet die Stellungnahmen der anzuhörenden Behörden aus und trifft die Entscheidung über die erforderlichen Maßnahmen zur Absicherung des Umzuges. Dabei werden Verkehrsstruktur, Verkehrsdichte, das zu erwartende Verkehrsaufkommen, die Interessen des Gemeinwohls und die Interessen des Veranstalters berücksichtigt. Durch das Erlaubnisverfahren soll sichergestellt werden, dass während der Durchführung des Umzugs weder Besucher/innen noch Teilnehmer/innen Verkehrsgefahren ausgesetzt werden und der allgemeine Straßenverkehr nicht übermäßig behindert wird.

Die Erlaubnis nach § 29 Abs. 2 StVO wird durch die zuständige Straßenverkehrsbehörde dem Veranstalter erteilt. Mit dieser Erlaubnis wird dem Veranstalter zum einen erlaubt, die in Betracht kommende Verkehrsfläche / Straße über Gemeingebrauch in Anspruch zu nehmen (Sondernutzung) und zum anderen auf dieser öffentlichen Verkehrsfläche den Umzug durchzuführen. Die Behörde setzt mit der Erlaubnis entsprechende Auflagen und Bedingungen fest. Diese sind vom Veranstalter zu beachten.

Die für den Umzug notwendigen verkehrsrechtlichen Beschilderungsmaßnahmen z. B. Umleitungsbeschilderung, Sperrungen von Straßen mit Verkehrszeichen / Verkehrseinrichtungen und Haltverbote werden gegenüber dem Straßenbaulastträger angeordnet. Die Gemeinde, in der der Umzug stattfinden soll, kann dabei die Aufgaben des zuständigen Straßenbaulastträgers (Kreis, Land) übernehmen und die verkehrsrechtliche Anordnung umsetzen.

Wichtige Hinweise zur Durchführung des Umzugs

- Der Umzug sollte grundsätzlich auf wenig befahrenen Gemeindestraßen durchgeführt werden, um die Beeinträchtigungen für den allgemeinen Straßenverkehr möglichst gering zu halten.
- Der Umzug ist von einer ausreichenden Anzahl von geeigneten Ordnern mit Warnweste und Beleuchtung zu begleiten.
- Für den Umzug ist die äußerste rechte Seite der Fahrbahn zu benutzen. Um an Einmündungen und Kreuzungen dem Verkehr ein Überqueren der Marschstrecke zu ermöglichen, ist ein längerer Zug in mehrere Abschnitte einzuteilen.

- Das Überqueren von Straßen hat nur in Marschblocks zu erfolgen.
- Für die Umzugsteilnehmer gelten keine Sonderrechte. Die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung sind zu beachten.
- An allen unübersichtlichen und verkehrsreichen Kreuzungen und Einmündungen sind vom Veranstalter durch Armbinden oder Westen erkennbare Streckenposten bzw. Ordner einzusetzen. Die Ordner sind mit Warnflaggen auszurüsten und sollen die Teilnehmer und andere Straßenbenutzer auf mögliche Gefahren und auf das Erscheinen des Umzugs aufmerksam machen. An Absperrungen informieren sie andere Verkehrsteilnehmer. Während des Umzugs ist durch Ordner die Zugstrecke abzusichern und sicherzustellen, dass keine Fahrzeuge auf die Zugstrecke aus den Seitenstraßen einfahren können. Die Ordner sichern Querungen, Linksabbiegevorgänge und das Einschwenken auf bevorrechtigte Straßen mit rot-weißer Warnflagge. Die Ordner haben keine Befugnis, in den Straßenverkehr einzugreifen, d. h. dass Fahrzeuge nicht angehalten werden dürfen.
- Der Umzug ist mit einem Spitzen- und mit einem Schlussfahrzeug zu begleiten.

Planwagen

Sollten bei dem Umzug Planwagen eingesetzt werden, ist das „Merkblatt über die Ausrüstung und den Betrieb von Fahrzeugen und Fahrzeugkombinationen für den Einsatz bei Brauchtumsveranstaltungen“ zu beachten. Abweichend von § 21 Abs. 2 Satz 2 StVO dürfen beim Umzug auf den Fahrzeugen, nicht jedoch auf den An- und Abfahrten, Personen auf Anhängern befördert werden, wenn

- der Anhänger mit rutschfesten und sicheren Stehflächen, Haltevorrichtungen, Geländern bzw. Brüstungen und Ein- bzw. Ausstiegen im Sinne der Unfallverhütungsvorschriften ausgerüstet ist,
- für jeden Sitz- und Stehplatz eine ausreichende Sicherung gegen Verletzungen und Hinunterfallen des Platzinhabers besteht (beim Mitführen stehender Personen ist eine Mindesthöhe der Brüstung von 1 000 mm einzuhalten, beim Mitführen von sitzenden Personen oder Kindern (z.B. Kinderprinzenwagen) ist eine Mindesthöhe von 800 mm ausreichend),
- die Aufbauten sicher gestaltet und am Anhänger fest angebracht (Sitzbänke, Tische und sonstige Auf- und Einbauten müssen mit dem Fahrzeug fest verbunden sein. Die Verbindungen müssen so ausgelegt sein, dass sie den üblicherweise im Betrieb auftretenden Belastungen standhalten) und
- durch die am Fahrzeug angebrachten Aufbauten die Sichtverhältnisse für den Fahrzeugführer und die Lenkfähigkeit des Fahrzeugs nicht beeinträchtigt werden.
- Ein- und Ausstiege sollten möglichst hinten bezogen auf die Fahrtrichtung angeordnet sein. Auf keinen Fall dürfen sich Ein- und Ausstiege zwischen zwei miteinander verbundenen Fahrzeugen befinden.

Für jedes der eingesetzten Fahrzeuge muss eine Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung bestehen, die die Haftung für Schäden abdeckt, die auf den Einsatz der Fahrzeuge im Rahmen der Brauchtumsveranstaltung zurückzuführen sind.

Fahrzeuge, die wesentlich verändert wurden, müssen von einem amtlich anerkannten Sachverständigen begutachtet werden. Wesentliche Veränderungen sind insbesondere Änderungen an Fahrzeugteilen, deren Beschaffenheit besonderen Vorschriften unterliegen, wie Zugeinrichtungen, Bremsen,

Lenkung sowie An- oder Aufbauten, durch die die zulässigen Abmessungen, Achslasten und Gesamtgewichte überschritten werden.

Es darf jeweils nur ein Anhänger pro Zugmaschine mitgeführt werden.

Die Fahrzeugführer müssen im Besitz der entsprechenden Fahrerlaubnisklasse sein.

Haftung und Versicherungsschutz

Eine Veranstaltungshaftpflichtversicherung ist für die Durchführung von Umzügen grundsätzlich zu empfehlen. Für erlaubnispflichtige Umzüge fordert die Straßenverkehrsbehörde aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen den Abschluss einer Versicherung.

Die Mindestversicherungssummen betragen:

250.000 € für Personenschäden (für die einzelne Person mindestens 100.000 €)

50.000 € für Sachschäden

5.000 € für Vermögensschäden

Durch ein Formblatt erklärt der Veranstalter, dass er über die vorgeschriebene Haftpflichtversicherung informiert ist. Die „Veranstaltererklärung“ stellt darüber hinaus auf die Sondernutzung der Straße und auf die gesetzliche Haftung aufgrund der Versicherungspflicht ab und weist auf etwaige Kostenerstattungspflichten hin.